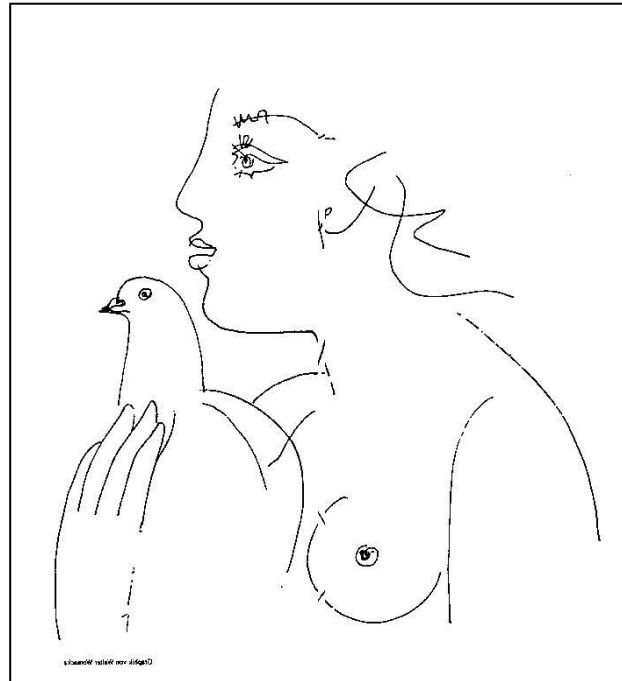


Nr. 215



„Über die Russen und über uns" (1)

Für eine friedliche Ostpolitik Deutschlands

von

Prof. Dr. sc. Phil. Horst Schneider

Redaktionsschluss: 14. Juni 2017

„In den deutsch-russischen Beziehungen herrscht Eiszeit, Sanktionen und Gegensanktionen bestimmen das Bild. Die Politik der Sanktionen und Gesprächseinschränkungen ist gescheitert. Eine Neuausrichtung (der Beziehungen) zwischen Deutschland und Russland; zwischen der EU und Russland, ist unverzichtbar,“ heißt es in dem Antrag von Wolfgang Gehrcke und anderen an den Bundestag vom 27. April 2017. (2) Mit dieser Einschätzung sollte eine neue Ostpolitik begründet werden. Die Mehrheit des Bundestages lehnte den Antrag ab.

Dabei ist diese Einschätzung das Urteil namhafter Politiker und der großen Mehrheit der Bürger. Frank Steinmeier hatte als Außenminister wiederholt erklärt, dass die Welt aus den Fugen geraten sei. Über die Ursachen und Verantwortlichen schwieg er sich aus.

Um die Bedeutung der deutsch - russischen Beziehungen für beide Völker zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die deutsch - russische Geschichte werfen, wie das Rudolf Herrstadt in seinem berühmten Artikel am 1. August 1948 getan hat.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution - deren 100. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen - hätte der Anfang einer neuen Ära des Friedens zwischen Deutschland und Russland werden können.

Die deutsche Kriegskamarilla hatte in Missachtung der Ratschläge Bismarcks den Krieg mit Russland zu verantworten. Die Soldaten auf beiden Seiten der Ostfront wollten die Beendigung des sinnlosen Gemetzels. Die Oktoberrevolution und Lenins Dekret über den Frieden (3) wirkten als Ansporn auch unter den deutschen Arbeitern und Soldaten. Die deutsche Militärführung sah die Entwicklung in Russland als Gelegenheit, im „Frieden“ von Brest - Litowsk die Sowjetmacht zu schwächen und zu demütigen. (4)

Die Revolution sollte, wie auch die nachfolgenden Interven-

tionen der imperialistischen Staaten bewiesen, in der Wiege erstickt werden.

Lenin setzte große Hoffnungen auf die Revolution in Deutschland. Im Falle des Sieges sah er das Zentrum der Weltrevolution in Berlin. Die Niederlage der Novemberrevolution bewies: Ohne revolutionäre Partei kann die Macht des Imperialismus nicht gebrochen werden.

Während der Weimarer Republik differenzierten und polarisierten sich die Kräfte, die Einfluss auf die Beziehungen zur Sowjetunion nahmen. Auf dem einen Pol, den Ernst Thälmann verkörperte, vereinigten sich die Freunde der Sowjetunion, auf dem anderen sammelten sich jene Kräfte, die man schließlich in der faschistischen Bewegung wiederfand.

Die bürgerliche Regierung schuf mit dem Rapallo - Vertrag (5) nur einmal ein Beispiel für den Vorzug und Nutzen der friedlichen Koexistenz. Außenminister Walter Rathenau suchte nach Wegen, die Folgen von Versailles abzumildern und die internationale Stellung Deutschlands zu stärken. Unter denkwürdigen Umständen unterschrieb er mit Tschitscherin den Vertrag von Rapallo. In wenigen Sätzen war festgelegt, dass beide Seiten auf Ersatz ihrer Kriegskosten und Kriegsschäden verzichten, Ansprüche aus früheren Verträgen nicht mehr gelten und der Handel nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils entwickelt wird. Keine Seite hatte etwas verloren, jede Seite gewonnen. Rapallo hätte zum Ausgangspunkt guter Beziehungen werden können.

Die Ermordung Rathenaus hatte symbolische Bedeutung. Die aggressivsten imperialistischen Kreise ließen 1933 Hitler als Reichskanzler inthronisieren, und die Spitze der Generalität erfuhr aus dessen Munde schon wenige Tage später, dass der Krieg gegen die Sowjetunion das wichtigste Ziel der Hitlerpolitik ist, für Generale kein Grund zum Widerspruch. Nach 1933 wurde der Antisowjetismus Staatsdoktrin und die Vorbereitung des Krieges Konstante jedes wichtigen Schrittes in

der Innen - und Außenpolitik Hitlerdeutschlands, vernebelt durch die Friedensschwüre Hitlers.

Es gab noch einmal eine Situation, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen hätten entkrampfen können. Als die Westmächte im Sommer 1939 die Bemühungen der UdSSR, ein System der kollektiven Sicherheit gegen Hitlerdeutschland zu schaffen sabotierten und die Gefahr bestand, dass eine imperialistische Einheitsfront entsteht, entschloss sich die Sowjetregierung, das Angebot eines Nichtangriffspaktes, das Deutschland machte, anzunehmen. Der Nichtangriffsvertrag vom August 1939 ist als Hitler - Stalin - Pakt in die Geschichte eingegangen und wird heute von manchen als „Teufelspakt“ und Kriegsursache verleumdet. Tatsache ist, dass die Sowjetunion noch etwa zwei Jahre Zeit gewann, um sich auf den Überfall Hitlerdeutschlands vorzubereiten.

Mit dem Beginn der Aggression Hitlerdeutschlands und dem grausamen Okkupationsregime ging es nicht mehr um gute Beziehungen zwischen Deutschen und Russen, sondern um einen Krieg, in dem die Russen ihr Vaterland und ihre Errungenschaften verteidigten, die Wehrmacht Tod und Zerstörung über die Sowjetunion brachte. Stalin erklärte, dass es nicht Ziel der sowjetischen Kriegführung ist, das deutsche Volk, den deutschen Staat, wohl aber den Faschismus zu vernichten. Mit diesem Ziel erzwang die Sowjetarmee die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Richard von Weizsäcker hat die Situation für die Deutschen am 8. Mai 1945 in seiner berühmten Rede vierzig Jahre später beschrieben. (7)

Das Schicksal des deutschen Volkes hing von der Politik der Siegermächte ab, die nach 1945 Besatzungsmächte wurden. Das betraf auch die deutsch - russischen Beziehungen im Osten Deutschlands.

Die KPD wandte sich am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf an das deutsche Volk, in dem es hieß: „Nie wieder Hetze und

Feindschaft gegen die Sowjetunion, denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt. (8)

Diese Wahrheit bestätigte sich auch in den vierzig Jahren der Existenz zweier deutscher Staaten. Antisowjetismus war die Zwillingschwester und Bedingung für das Wiedererstehen des Imperialismus und Militarismus in der BRD und ihrer NATO-Politik, die Franz-Josef Strauß in dem Satz zusammenfasste: „Es gibt nur noch einen Fall, und das ist der Fall rot.“ (9)

Die DDR erhob die Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion zur Verfassungsnorm und trug auch damit zum Frieden in Europa bei.

Mit den Bonner „Ostverträgen“, der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und den Helsinki – Prinzipien 1975 schien auch gleichzeitig damit der Weg verbesserter Beziehungen der BRD nach Moskau und Berlin geebnet, wenn sich nicht auch die Verfechter der „Konterrevolution auf Filzlatschen“ eine Nebelwand geschaffen hätten.

Kennedys „peaceful change“ hieß auf Deutsch „Wandel durch Annäherung“, der 1989 in der erpresserischen Politik Kohls und der „friedlichen Revolution“ mündete. Sie entpuppte sich als klassische Konterrevolution. Helmut Kohl hat viele Male betont, dass es ohne Gorbatschow die „Wiedervereinigung“ nicht gegeben hätte, und Gorbatschow hat zugegeben, dass er ohne die Vorleistungen der DDR zur Vertrauensbildung seinem Volk die Zustimmung zur Einheit nicht hätte zumuten können. Für die DDR- Bürger ergab sich eine grausame Dialektik: Erst das Vertrauen, das die DDR bei den Sowjetbürgern genas und das sie in den Jahren der DDR mitgestaltet hatten, ermöglichte nun das Pokerspiel Gorbatschows.

Seit den Tagen, als die Deutschen das „glücklichste Volk der Welt“ gewesen sein sollen, sind fast dreißig Jahre vergangen.

Was ist aus den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland geworden?

Den Bundestagsabgeordneten wurden Antworten von „Ostexperten“ in der Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 22. Mai 2017 angeboten. Der Hauptbeitrag des Russland – Experten Andreas Heidemann Grüder, der in Bonn Professor ist, trägt den Titel: „Kalter Krieg oder neue Ostpolitik? Ansätze deutscher Russlandpolitik.“(10)

Die Ausgangsthese lautet: „Auf offizieller staatlicher Ebene hat sich das deutsch- russische Verhältnis in den vergangenen Jahren deutlich abgekühlt. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 und dem Krieg in der Ostukraine gilt es als gestört.“ Der Schuldige an der „Störung“ steht fest. Jetzt müssen NATO-treue Politiker, Experten und Publizisten nur noch eine Anklage zusammenschustern, die den neuen kalten Krieg zu rechtfertigen scheint.

Um den produktiven Streit zu fördern, werde ich Thesen zur Politik der Putin-Feinde formulieren:

Erstens: Um die „Eiszeit“ – die bekanntlich ein Naturereignis ist – zu erklären, werden zuerst und zumeist auf die Ereignisse auf der Krim und der Ukraine genannt. Die Kanzlerin hat die Politik Putins als Verbrechen qualifiziert. Das ist ein schwerwiegender, einfach unangemessener Vorwurf, der die Tatsachen im Zusammenhang mit der „Krimkrise“ völlig negiert.

Schon in Zbigniew Brzezinskis Buch „Alternative zur Teilung“ das 1966 erschienen ist, sind die Pläne und Aktivitäten des US-Imperialismus zu finden. In seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ von 1997 hat er die „geopolitischen Wunschvorstellungen“ unmissverständlich dargestellt. (11) Der Autor war Berater mehrerer US-Präsidenten. Der Maidan und seine Akteure sind ohne die Strategie der USA und deren Unterstützung durch Merkel und Co. nicht denkbar. (12) Was suchten Westerwelle und Steinmeier auf

dem Maidan? Warum waren Timoschenko und Klitschko Schoßkinder der deutschen Politik?

Nicht Putin hat die „europäische Friedensordnung“ zerstört, die auf den Prinzipien von Helsinki beruhte.

Zweitens: Die Krim gehörte seit 1792 zu Russland/ UdSSR. Als Chrustschow die Krim der Ukraine „schenkte“; blieben beide Territorien Teil der Sowjetunion. Die Zerstörung der UdSSR durch Gorbatschow - Jelzin war nach Recht und Gesetz Hochverrat und in internationaler Sicht eine „große geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ (Wladimir Putin).

Im Lichte des Völkerrechts waren die Ereignisse 2014 auf der Krim eine Sezession, keine Annexion oder Aggression. Die gewählten Repräsentanten der auf der Krim ansässigen Bürger hat ihre staatliche Unabhängigkeit verkündet, ein Schritt, der (vorher) durch ein Referendum ausdrücklich gebilligt wurde. Erst danach wurde der Antrag auf Beitritt zur russischen Föderation, gestellt und in Moskau bestätigt. Zu Recht erklärte Wladimir Putin am 18. Dezember 2014: „Es war nicht wegen der Krim, sondern weil wir unsere Souveränität, das Existenzrecht unseres Staates verteidigen.“ (13)

Drittens: In vielen „europäischen“ Politikern und NATO - Generalen lebt das alte Feindbild fort, wonach das christlich- abendländische Europa gegen die „Gefahr aus dem Osten“ - unter Hitler „jüdisch - bolschewistische Weltgefahr“ zu schützen ist. Die NATO verfolgte nach 1945 die roll back – Strategie, jetzt des „regime change“ und der „Eindämmung“, wie im zitierten „Parlament“ nachgelesen werden kann. Die katastrophalen Folgen einer solchen Politik für die Völker in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien schrecken die Kriegstreiber nicht ab.

Viertens: Aus der Sicht Moskaus kann die „Osterweiterung“ der NATO nur ein Stachel im Fleisch, eine perma-

nente Kriegsdrohung und ein Vertrauensbruch sein. Es kann darüber gestritten werden, ob Gorbatschow 1990 zu vertrauensselig war, wie er jetzt selbst behauptet. Jetzt zählt der Fakt, dass die Bundeswehr sich an der Bedrohung beteiligt und in Litauen sogar den Kommandeur stellt.

1990 stand die Sowjetarmee an der Elbe. Seitdem rückten NATO - Truppen und US - Raketen 2.000 km nach Osten vor. Das geschah nicht im Ergebnis eines verlorenen Krieges, sondern angeblich in der Hoffnung zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. Nicht die Sowjetunion hat eine expansive Politik betrieben, sondern die NATO, was ohne die Komplizenschaft Deutschlands nicht möglich gewesen wäre.

Man könnte die Frage stellen: Wie reagierten die USA, als 1962 für sie die Gefahr entstand, dass die UdSSR Raketen auf Kuba stationiert?

Fünftens: Befürworter der Ostausdehnung der NATO erreichen einen neuen Gipfel der Heuchelei, wenn sie sich heute über die Gegenwehr Moskaus „wundern“. So gibt es z. B. solche Aussagen wie: „Teile der russischen Elite befinden sich mental offenbar in einem Kriegszustand mit dem Westen und sehen Politik als eine Art der Kriegführung. Die gegenwärtige Politik Russlands kombiniert zaristische, bolschewistische und euro- asiatische Traditionslinien. Eine Wertegemeinschaft mit der EU ist damit nicht mehr gegeben.“ (15) Zweifellos kann die russische Regierung nicht die Erfahrungen und Traditionen; die sich tief in das Bewusstsein der Menschen eingegraben haben, auslöschen. Das gilt auch für die deutsche Regierung. Entscheidend ist, *welche* Erinnerungen aus welchen Gründen für die Begründung der jeweiligen Außenpolitik aktiviert werden. Die Erfahrungen der russischen Bürger mit der „deutschen“ Ostexpansion ändern sich nicht dadurch, dass sie nun „europäisch“ getarnt wird.

Sechstens: NATO-Strategen „erklären“ die Politik Putins meist aus seinen ihm angedichteten negativen Eigenschaften. Er wird dämonisiert und zum neuen Stalin ernannt. (16)

„Putinverstehler“ wurde zum Schimpfwort, und selbst Horst Seehofer geriet im „Sturmgeschütz der Demokratie“ in den Verdacht, „Werkzeug von Putins Propaganda“ zu sein. (17) Die FAZ vom 22. September 2014 verstieg sich zu der Schlagzeile: „Russland ist kein Bär, sondern eine Sau, die ihre Jungen auffrisst.“

Tatsache ist jedoch: Putin trat in einer Situation bestimmter Zwänge an die Spitze Russlands: Gorbatschow und Jelzin hatten die UdSSR zerschlagen. In Russland herrschten chaotische Zustände. Die Oligarchen bereicherten sich maßlos. Die Außenpolitik widerspiegelte den Niedergang der einstigen Supermacht. Putin musste ein Herkules sein, um diesen Sumpf auszutrocknen, was nicht nur im Interesse der Russen lag. (18) In wessen Interesse liegt es, wenn Russland schwach, zerrissen und außenpolitisch wenig handlungsfähig ist?

Siebtens: Jahrzehntlang galt die UdSSR als Supermacht, die in der Lage war, den USA ebenbürtig gegenüberzutreten. Sie konnte verbündeten und befreundeten Staaten Sicherheit garantieren und beeinflusste die nationale Befreiungsbewegung maßgeblich. Sie nutzte das Völkerrecht und ihr Vetorecht im Sicherheitsrat. Inzwischen wird das Völkerrecht vom Westen massenhaft straffrei verletzt und missbraucht. Die BRD erreichte zwar nicht, dass sie ständiges Mitglied des Sicherheitsrats wurde, wie sie es 1990 anstrebte. Aber am Bruch und Missbrauch des Völkerrechts ist sie stark beteiligt. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Bundeswehreinräten und beim Wirtschaftsembargo gegen Russland. Es gibt in Russland 5.200 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung und es gab einen beachtenswerten Russlandhandel. Das bilaterale Handelsvolumen ist von 2012 bis 2016 von 80 Milliarden auf 47 Mrd. Euro gesunken. (19)

Verloren haben beide Seiten. Das Embargo ist zum Bumerang geworden. Den Schaden tragen nicht die Urheber, die Merkel und Co.

Achtens: Deutschland steht in den Beziehungen zu Russland am Scheideweg: Mit der NATO weiter auf selbstmörderischem Expansionskurs, der in einem dritten „Karthago“ enden würde, oder es wird danach gestrebt, Frieden ohne Waffen zu schaffen, wobei „Rapallo“ Vorbild sein könnte.

Erstaunlich ist, in welcher unterschiedlichen Lagern solche Alternativen erörtert werden. Der Kreis reicht von Wilfried Scharnagl, Intimus von Strauß und Seehofer und lange an der Spitze des „Bayern – Kurier“, über Wolfgang Gehrcke von den Linken bis zu Gorbatschow. Auf ihre Arbeiten wird hier ausdrücklich verwiesen. (20) Bei Gorbatschow lesen wir (S.20/21) als Imperativ, „einen Atomkrieg zu verhindern und den Planeten vor einer ökologischen Katastrophe zu bewahren.“

Scharnagl, der die Welt am atomaren Abgrund sieht rät (S.156): In Europa verbreitet sich, Muskelspiele auf russischer Seite anzuprangern, ähnliches Verhalten auf der eigenen Seite großzügig zu übersehen oder für selbstverständlich zu halten.“ Wolfgang Gehrcke bietet als Ausgangspunkt des Streits über die deutsch – russischen Beziehungen die Alternativfrage: „Rückkehr zum Kalten Krieg oder gute Nachbarschaft? Wem kann die Wahl schwer fallen?

Neuntens: Unübersehbar ist, dass es an einer Strategie der Kriegsgegner mangelt und die Aktivitäten der Friedensaktivisten nicht den Erfordernissen entsprechen. Wolfgang Gehrcke verweist auf Städtepartnerschaften, Studentenaustausch usw. (21) kann aber im „Parlament“ nachlesen, dass das in den Plänen der Merkel - Regierung (Instrumente) auch Instrumente des „regime change“(22) sind. Die von ihm genannte Volksdiplomatie; für die er Beispiele nennt, ersetzt nicht Aktionen der Friedensbewegung. Die Traditio-

nen, Erfahrungen und Erfolge der Friedensbewegung, angefangen mit Berta von Suttners „Die Waffen nieder!“ über die Bewegung „Hände weg von Russland“, den Stockholmer Appell bis zur Krefelder Bewegung müssen genutzt werden. Die Literatur und das Erbe in der Musik können Emotionen und das Bewusstsein, nach Frieden und Verständigung zu streben, schärfen. (23)

Zu verurteilen sind jene Heuchler unter den Pastoren, die unter dem „Dach der Kirchen“ und unter Missbrauch solcher Bibelsätze wie „Schwerter zu Pflugscharen“ vor 1990 ihre Opposition zur DDR begründeten, nach 1990 aber Bellizisten wurden. Solche Prototypen sind Rainer Eppelmann und Joachim Gauck. (24)

Die Sozialdemokraten haben Die Erkenntnisse des Dialog – Papiers von 1987 vergessen und verraten das Vermächtnis von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

In dieser Situation liegt es in der Verantwortung der linken Parteien, alle Friedenskräfte zu vereinigen und zu aktivieren.

Von Karl Liebknecht wissen wir: Der Feind steht im eigenen Land!

Quellen:

1. Das war der Titel eines Artikels, den Rudolf Herrnstadt am 1. August 1948 in der Täglichen Rundschau veröffentlichte. Er löste eine intensive Diskussion aus.
2. Antrag der Linksfraktion des Bundestags vom 27. April 2017, der von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt wurde. RotFuchs Juni 2017 S.
3. Text des Dekrets über den Frieden in: Handbuch der Verträge 1971 bis 1964. Berlin 1964 S.164f.
4. Friedensvertrag von Brest – Litowsk 3.März 1918, Handbuch a.a.O. S.171f.
5. Vertrag von Rapallo, Handbuch S. 227f.

6. Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR, Handbuch S. 306f.
7. Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997 S.317
8. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964 S.194
9. Bundestagsrede von F.J. Strauß am 20. März 1958
10. Aus Politik und Zeitgeschichte 21 – 22/ 2017 S.4f.
11. Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim und Berlin 1992 S.142f.
12. Reinhard Lauterbach: Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte. Hintergründe. Beteiligte, Berlin 2014:
Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren Integration, Wien 2003 S.23f.
13. Aus Politik und Zeitgeschichte a.a.O. S.13
14. Ebenda S.4
15. Ebenda S.4
16. Mesha Gessen: Der Mann ohne Gesicht. Wladimir Putin. Eine Enthüllung, München – Zürich 2012
17. Der SPIEGEL 8/ 2016 S.10
18. Stephan Berndt: Was will Putin?, Berlin 2017
19. Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a. O. S.6
20. Wilfried Scharnagl: Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland, München - Berlin 2015;
Wolfgang Gehrcke/ Christine Reymann: Deutschland und Russland – wie weiter? Der Weg aus der deutsch – russischen Krise, Berlin 2017; Michail Gorbatschow: Kommt endlich zur Vernunft – Nie wieder Krieg!, Wels bei Salzburg 2017
21. Wolfgang Gehrcke a.a.O S.168
22. Aus Politik ... a.a.O. S.8
23. Lorenz Knorr: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1983
24. Horst Schneider: Unter dem Dach der Kirche, „Bürgerrechtler“ in der DDR, Berlin 2010